basler stadtbuch cms
Christoph Merian Stiftung

Wirtschaftsstandort Basel

Autor(en): Edwin Meyer

Quelle: Basler Stadtbuch

Jahr: 1995

https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/8acfea44-b831-41e6-b2dc-33f2caf416af

Nutzungsbedingungen
Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss
Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform baslerstadtbuch.ch ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.
http://www.cms-basel.ch
https://www.baslerstadtbuch.ch

Wirtschaftsstandort Basel

Die Meldungen über den Stellenabbau in der Chemischen Industrie, die Auslagerung von Produktionsstätten und die verstärkte Globalisierung der international tätigen Konzerne geben Anlass zu verschiedenen Fragen zum Wirtschaftsstandort Basel: Wie sieht die Zukunft der Chemie in Basel aus? Welche Rahmenbedingungen sind nötig für ein investitionsfreundliches Klima? Welche Probleme sind hausgemacht, welche sind Folgen des Schweizer Alleingangs ausserhalb der Europäischen Union, und welche sind Konsequenzen der Weltmarktlage? Soll Basel verstärkt Branchen ausserhalb des Chemiesektors fördern, und wenn ja, welche? Wer soll in Basel und wie Wirtschaftsförderung betreiben? Solche Fragen wurden 1995 in einer Sondersitzung des Grossen Rates zum Thema ‹Wirtschaftsstandort Basel› aufgeworfen.

Edwin Meyer stellt die Diskussionsbeiträge der verschiedenen Branchenvertreter vor. Im Wortlaut sind danach die Vorträge von Alex Krauer, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Ciba-Geigy AG, und von Hans Schäppi, Vizepräsident der Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI), wiedergegeben. Einen weiteren Beitrag zum Thema ‹Wirtschaftsstandort› liefert Daniel Hoffmann, Wirtschaftsredaktor bei der Neuen Zürcher Zeitung; er beschreibt die Situation der Basler ‹Chemischen› auf dem Weltmarkt. Markus Kobler referiert die Entwicklung der Wirtschaftsförderung und stellt das neue, gemeinsame Konzept beider Basel vor. Schliesslich plädiert Marc Keller vom Basler Gewerbeverband für die Ansiedlung neuer Technologien in Basel als Antwort auf den Strukturwandel in der Chemie. *(Red.)*

Edwin Meyer

Debatten über eine ungewisse Zukunft

Der Wirtschaftsstandort Basel steht seit den letzten Monaten des Jahres 1994 im Brennpunkt ausgedehnter Debatten. Dafür gesorgt hatten Hiobsbotschaften über den Beschäftigungsrückgang in der Chemischen Industrie. Sie machten klar, was zuvor in der Öffentlichkeit nur zögernd wahrgenommen worden war: Die Chemie, tragende Säule der regionalen Wirtschaft, erlebt einen Strukturwandel, dessen Auswirkungen für die Region weder vorübergehend noch schmerzlos bleiben. Und: Viele der massgebenden Faktoren sind von der Region selbst gar nicht beeinflussbar. Angesichts der Dominanz der Branche wirft ein Bedeutungsverlust des Chemiestandorts Fragen für den Wirtschaftsstandort auf, die so rasch nicht zu beantworten sind.

Die Region Basel und die Chemische Industrie

Zwar ist die Chemie keineswegs die einzige Branche, die wesentlich zur Wertschöpfung dieser – neben Zürich – bedeutendsten schweizerischen Wirtschaftsregion beiträgt. Gewicht kommt insbesondere auch den Bereichen Spedition und Handel sowie Banken und Versicherungen zu. Doch die Chemie erwirtschaftet rund 20 % des regionalen Sozialprodukts in den

beiden Basel sowie den aargauischen und solothurnischen Gebieten nördlich des Jura und ist damit mit Abstand der bedeutendste Wirtschaftszweig. Dieser Anteil erhöht sich markant, rechnet man weitere von der Chemie direkt oder indirekt generierte Wirtschaftsleistungen, etwa im Gewerbe, hinzu. Schliesslich entfällt von der – für den Wohlstand einer Region relevanten – Exporttätigkeit die Hälfte auf die Chemie, und dies in einer Region, deren Exportwirtschaft über ein Drittel zum regionalen Sozialprodukt beiträgt.

Schlüsselindustrie ist die Chemie auch, was die Arbeitsplätze anbelangt: 1994 beschäftigte sie in der Region über 34 000 Angestellte. Knapp die Hälfte davon arbeitete bei der Ciba, gut 10 000 bei Roche und mehr als 7000 bei Sandoz. Im Kanton Basel-Stadt entfällt fast die Hälfte der Arbeitsplätze im Industriesektor auf die Chemie. Der Aufwärtstrend der Beschäftigungszahlen war jedoch schon zu Beginn der 90er Jahre gebrochen: Waren die Zahlen bei den drei grossen Basler Konzernen in Basel oder in der Schweiz bis 1989 noch kontinuierlich angestiegen, kam es danach zu ersten Abbauprogrammen. So strich der Branchenleader Ciba zwischen 1990 und Ende 1993 in der Region Basel 3700 Stellen, bei Sandoz waren es über 400. Weitere Reduktionen waren eingeleitet, so namentlich bei Sandoz aufgrund von Produktionsauslagerungen nach Irland. Im Oktober 1994 kündigte Roche im Zuge der Übernahme des US-Pharmakonzerns Syntex den Abbau von weltweit 5000 Arbeitsplätzen an, davon mehrere hundert in Basel. Weitere Meldungen über Abbaumassnahmen in der Chemiebranche folgten 1995.

Die Zukunft ist ungewiss

Es war die Ankündigung von Roche, die in

Basel schliesslich in breiteren Kreisen zu Beunruhigung und Ängsten um die wirtschaftliche Zukunft führte, auch wenn der angekündigte Stellenabbau keineswegs allein Basel treffen sollte. Zwar war der Auszug der Chemie schon vorher ein regelmässig wiederkehrendes Diskussionsthema gewesen, so im Zusammenhang mit umstrittenen Investitionsvorhaben, der Gentechnologie oder Umweltschutz- und Sicherheitsauflagen in der Folge des Chemie-Unglücks von ‹Schweizerhalle›. Doch der Umstand, dass der Stellenabbau in den Konzernen bis dahin weitgehend über vorzeitige Pensionierungen und natürliche Abgänge erfolgt war, sowie wohl auch das in langen Jahren geprägte Bild von der Chemie als verlässlicher Wirtschaftsmotor der Region schienen die Blicke von weitergehenden Zusammenhängen vorerst abzulenken. Das Beispiel von Roche und Syntex indessen wies deutlich auf die globale Verflechtung der Chemischen Industrie hin. Bei den Chemie- und Pharmakonzernen hat der Standort Basel infolge der starken Auslandsexpansion während der vergangenen zwei Jahrzehnte relativ an Gewicht verloren.

Grundsatzdebatte zum Wirtschaftsstandort

Was tun, zumal neben der Chemie auch andere bedeutende Branchen der Region nicht eben ein zuversichtliches Bild vermitteln? Die Frage stand über einer Grundsatzdebatte, die der Basler Grosse Rat am 16. November 1994 durchführte, und die von den Sozialdemokraten veranlasst worden war. Die Aussprache war über weite Strecken von gegenseitigen Vorhaltungen geprägt, doch kristallisierten sich einige gemeinsame Ansatzpunkte heraus. So forderten alle Seiten ein besseres und effizienteres Standortmarketing. Die Bedingungen für die ansässigen Unternehmen, einschliesslich der Chemiekonzerne, sollten verbessert werden; langfristig sei allerdings auch eine Förderung kleinerer und mittlerer Unternehmen nötig. Genannt wurde insbesondere die Bio- und Gentechnologie. Einigkeit herrschte auch darüber, dass dabei der Universität erhebliches Gewicht zukomme. Im Vorfeld der Debatte hatten zudem auch die Basler Wirtschaftsverbände ein Thesenpapier vorgelegt.

An einer Sondersitzung des Grossen Rates am 1. April 1995 formulierten sechs Spitzenvertreter von Basler Wirtschaftsunternehmen sowie ein Gewerkschafts- und ein Universitätsvertreter ihre Erwartungen an den Wirtschaftsstandort Basel und damit an die Behörden des Stadtkantons. Zumindest für die jüngere Geschichte sei es eine Premiere, hielt Grossratspräsident Thomas Staehelin fest, dass sich Wirtschafts-, Universitäts- und Gewerkschaftsvertreter direkt an das Parlament richteten. Neben dem Verwaltungsratspräsidenten der Ciba-Geigy AG, Alex Krauer, und dem Vizepräsidenten der Gewerkschaft Bau & Industrie (GBI), Hans Schäppi, sprachen an der von den Freisinnigen initiierten Sitzung der Präsident der Basler Handelskammer und UTC-Verwaltungsratsdelegierte Gaudenz Staehelin, Wirtschaftsprofessor René L. Frey von der Universität Basel, Roland Rasi, Generaldirektor des Schweizerischen Bankvereins (SBV), Rolf Schäuble, Verwaltungsratspräsident der Bâloise-Holding AG, Bernd Menzinger, Verwaltungsratsdelegierter der Danzas Holding AG, und Emanuel Esser, Verwaltungsratsdelegierter von Preiswerk+Esser AG.

Natürgemäss stand die Qualität der Standortbedingungen als eine Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit im Zentrum der Ausführungen. Alex Krauer betonte, es gehe um die Kosten, die Innovation samt entsprechender Risiko-Akzeptanz und – damit zusammenhängend – die Mentalität, die Haltung gegenüber dem technischen Fortschritt. Basis der Wirtschaftsförderung seien gute Rahmenbedingungen, meinte auch Gaudenz Staehelin, so insbesondere bei den Steuern, aber auch etwa im Bewilligungswesen. Diese müssten allen gleichermassen zugute kommen; wenig hielt Staehelin von Massnahmen, die nur einzelne Unternehmen, wie etwa Neuzuzüger, bevorzugten. Nicht zu umgehen sei auch, das Netz staatlicher Regelungen auf dessen Standortqualität zu überprüfen. So sei bei jedem Beschluss die Frage der Wirtschaftsverträglichkeit zu stellen. Weiter nannte er das politische, soziale und kulturelle Klima und plädierte für Offenheit gegenüber Innovationen sowie für eine positive Grundhaltung von Behörden, Verwaltung und Öffentlichkeit gegenüber der Wirtschaft.

Eine wirtschaftfreundliche Haltung postulierte auch Roland Rasi. Er forderte eine niedrigere

Steuerbelastung natürlicher Personen, höhere Kontingente bei Arbeitsbewilligungen für Spezialisten aus dem Ausland sowie die Gesundung des Staatshaushalts, kritisierte aber auch das Basler Schulwesen. Rolf Schäuble legte aus der Sicht der Assekuranz das Schwergewicht auf eine für Unternehmen attraktive Besteuerung, aber auch auf die Deregulierung: Steuern und Standort seien «siamesische Zwillinge» im Entscheidungsprozess eines Unternehmens; einschränkende Marktregelungen und kantonale Marktabschottungen sollten beseitigt, gewerbliche Tätigkeiten des Staates privatisiert werden. Bernd Menzinger unterstrich insbesondere die Bedeutung einer regionalen Integration der Verkehrspolitik, des Wettbewerbs, wo immer möglich, sowie des Zugangs von Logistikunternehmen zu Strecken, Terminals und modernster Telekommunikation. Emanuel Esser als Vertreter eines mittelständischen Unternehmens der Baubranche kritisierte die Öffnung des öffentlichen Submissionswesens als in der Praxis oft nicht funktionierend und sprach sich für einen Ausbau der Wirtschaftsförderung und den Erhalt von Gewerbe- und Industrieland aus. René L. Frey verwies auf mögliche Beiträge der Universität zugunsten des Wirtschaftsstandorts, vor allem durch die Sicherung einer hochwertigen Ausbildung einschliesslich innovativer Grundlagenforschung, aber auch durch grössere Kooperation von Wirtschaft und Hochschule; gefördert werden müsse der Wissenstransfer mit mittleren und kleineren Unternehmen und die Entstehung von innovativen Ablegern von Grossfirmen und Universität, sogenannten Spin-off's. Weiter nannte er die Schaffung eines Instituts für Biotechnologie und für Genetik und rief zum «Mut zur Eliteförderung» auf. Einen Kontrapunkt setzte Hans Schäppi, der die Bedeutung der Standortfaktoren als Grund für Auslagerungen gegenüber weltweiten Strukturveränderungen relativierte. Auch Schäppi sieht wirtschaftlichen Handlungsbedarf, plädierte aber für einen gesellschaftlichen Konsens, einen sorgsamen Umgang mit Werten, die im menschlichen Potential begründet sind, und eine offene Praxis in Risikobereichen.

Standortfaktoren allein genügen nicht

Über das Erfordernis, die Rahmenbedingungen für ansässige wie für neue Unternehmen attraktiv zu gestalten, scheint grundsätzlich Konsens zu bestehen – viel mehr allerdings kaum. Der Umgang mit Risiken innovativer Technologien und deren Bewertung beispielsweise ist eine Kernfrage gesellschaftlicher und politischer Diskussion, die über die Frage nach Standortbedingungen für Wirtschaftsunternehmen hinaus eine grundsätzlichere Problematik berührt. Ähnliches gilt für den Umweltschutz. Gleichzeitig wurden in den letzten Jahren aber auch die Grenzen kantonaler Wirtschaftspolitik bei der Gestaltung des Wirtschaftsstandorts Basel offenkundig. Wenn Konzerne auf globale Wettbewerbsbedingungen reagieren, genügen – auf Kantonsebene beeinflussbare – Standortfaktoren allein offenbar nicht mehr, um den Erhalt bestehender Arbeitsplätze zu garantieren. Wie aber und mit welchen Alternativen wären entstehende Lücken dann zu schliessen? Und wie ist die von Wirtschaftsseite geforderte Akzeptanz unternehmerischer Tätigkeit zu erreichen, wenn Arbeitsplatzverluste zunächst vor allem Ängste vor sozialen Verschlechterungen auslösen? Dies sind die Fragen, die die Politik wohl noch auf längere Zeit hinaus beschäftigen müssen.